

Abdul Hadi Christian H. Hoffmann

Tajdid: Islam und Erneuerung - Muslime und Luther

1. Islam-Diskussion in Deutschland: abstrakte Debatte statt konkreter Dialog

Debatten in Deutschland über den Islam und Muslime sind - gleich ob sie in der Öffentlichkeit oder im privaten Rahmen geführt werden - oft sehr emotional und meistens wenig strukturiert: Religiöse Botschaft und menschliche Praxis werden miteinander vermischt. Vergangenheit und Gegenwart werden gegeneinander aufgerechnet. Die meisten Autoren sind Nicht-Muslime. Der folgende Artikel versteht sich als Beitrag, die Diskussion zu strukturieren und zentrale Streitpunkte aufzuarbeiten. Es handelt sich dabei um den *persönlichen* Standpunkt eines Deutschen, der sich im Alter von 41 Jahren zum Islam bekannt hat. Der Autor nimmt nicht für sich in Anspruch, eine allgemein gültige Position der islamischen Praxis in einem westlichen Staat darzustellen. Aber er legt durchaus Wert auf die Feststellung, dass er mit seinen Meinungen in der islamischen Gemeinde nicht allein steht. Ebenso wenig geht es darum, eine Theorie des islamischen Staates zu entwickeln. Allerdings schließen die hier gemachten Feststellungen z.B. über die Kompatibilität von Islam und Demokratie nicht aus, dass sie auch für ein Land gelten können, in dem Muslime die Mehrheit der Bevölkerung bilden.

Die Aussagen des vorliegenden Textes beruhen auf einem zehnjährigen Studium des Islam von Grund auf, d.h. des Qur'an und der Sunna, u.a. auch durch den Besuch einer multi-ethnischen Koranschule in Bonn, in deren Unterricht in deutscher Sprache ein purer - nicht durch landesspezifische Traditionen gefilterter - Islam gelehrt wurde. Die vielfältigen Argumente haben sich im Dialog mit Nicht-Muslimen entwickelt und in der Auseinandersetzung mit vielen Veröffentlichungen in den gedruckten und elektronischen Medien.

Die gesamte Islam-Diskussion in Deutschland wird von einem deduktiven Ansatz aus geführt - was das Verhalten der Muslime angeht ebenso wie auf die Inhalte des Qur'an bezogen: d.h. von oben herab wird von einem fiktiven, monolithischen Islambild abgeleitet, wie sich Muslime verhalten (müssen). Dabei werden die vielfältigen pluralistischen Interpretationen übersehen oder bewusst außer acht gelassen, die es in 14 Jahrhunderten islamischer Geschichte gegeben hat.

Besser wäre es, in der Islam-Diskussion induktiv vorzugehen, d.h. vom Verhalten der Muslime in Deutschland auszugehen, wo sie - von der deutschen Industrie und deutschen Politikern als „Gastarbeiter“ ins Land geholt - seit über dreißig Jahren als friedliche und gesetzestreue Nachbarn und Kollegen neben uns wohnen und daraus zu schließen, dass diese Menschen glaubwürdige Repräsentanten einer Religion des Friedens sind.

Über die religiösen Inhalte des Islam wird ebenso von oben herab pauschalisierend diskutiert, unter Berufung auf „orthodoxe“ Kreise und angereichert mit Zitaten, die oft falsch, verkürzt und meistens aus dem Zusammenhang gerissen sind. Auch hier sollte man induktiv von den tatsächlichen Aussagen des Qur'ans ausgehen, um durch eine zusammenfassende Analyse der Einzelteile zu einem Gesamtbild und damit Gesamturteil zu kommen.

Fehler werden in der Diskussion über den Islam von Muslimen und Nicht-Muslimen gemacht: Muslime vergleichen die Botschaft des Islam mit der Realität der westlichen Welt. Nicht-Muslime messen ihr Idealbild von Aufklärung, Demokratie und Menschenrechten an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Realität in den

Ländern, in denen Muslime die Bevölkerungsmehrheit stellen oder in denen der Islam Staatsreligion ist. Sie identifizieren den Islam mit dem Zustand in diesen Ländern.

Die Geister einer unfriedlichen Vergangenheit werden ebenfalls auf beiden Seiten permanent beschworen. Die Kreuzzüge und die Vertreibung aus Al-Andalus werden gegen „die Türken vor Wien“ aufgerechnet. Die Tatsache, dass es über Jahrhunderte kulturellen Austausch und profitable Handelsbeziehungen gab - eine geschichtliche Entwicklung, deren Ergebnis z.B. Sigrid Hunke in ihrem Buch „Allahs Sonne über dem Abendland“¹ als Europas drittes Erbe bezeichnet - wird meistens unterschlagen. Europäer sprechen stattdessen in der Regel - verkürzt - vom judäo-christlichen Erbe. Viele bestehende Ängste aus der Vergangenheit werden als Alptraum in die Zukunft projiziert.

Geschäftstüchtige Publizisten beschwören einen monolithischen orthodoxen Islam, den es nie gab und auch heute nicht gibt und verdienen ihren Lebensunterhalt, indem sie den deutschen Leserinnen und Lesern ihre Ängste bestätigen – nicht gerade das, was unter aufgeklärtem Diskurs, in dessen Namen sie argumentieren, verstanden werden kann. Ein Grund für die mangelnden Islam-Kenntnisse in Deutschland ist sicher die Tatsache, dass die überwiegende Mehrzahl der Beiträge zur intellektuellen Diskussion über den Islam in englischer oder französischer Sprache veröffentlicht wird und nur wenig davon in Deutschland erscheint. Doch selbst Diskussionen in einer Fachzeitschrift wie „Orient“² oder so hervorragende Zusammenstellungen wie „Der politische Auftrag des Islam“ von Andreas Meier³ werden in Deutschland so gut wie nicht wahrgenommen.

Aber auch Muslime sind nicht ganz unschuldig am totalitären Islambild des Westens: Vielen fällt es schwer, die Vielfalt der Meinungen von Menschen in unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten über den Islam offen einzugestehen, da sie in diesem Pluralismus einen Verrat an der einzigen (tawhid), in sich geschlossenen, universellen, überzeitlichen Gültigkeit der Offenbarung Gottes sehen.

Sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime könnten dazu beitragen, dass die Diskussion auf einer sachlichen Basis geführt wird, indem sie anerkennen, dass es ein Wechselspiel zwischen Botschaft und Realität, Norm und Praxis gibt. Für Muslime bedeutet es insbesondere, dass sie verstehen lernen, dass die Einheit (tawhid) der Botschaft durch die Pluralität der Geschichte und Gegenwart *nicht* widerlegt wird:

- Es gibt *einen einzigen unveränderlichen Islam*; es gibt aber auch über *eine Milliarde individuelle Muslime* als Vertreter des Islam, die sich am Tag des jüngsten Gerichts vor Gott verantworten müssen.
- Es gibt *eine authentische Sunna*; es gibt aber auch *unzählige regionale Traditionen* und Lebensweisen, die die Identität der Muslime ebenso prägen, wie die Sunna.
- Es gibt *eine einzige Umma*; daneben gibt es aber auch *eine Vielzahl von Staaten* mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, die autonom handeln.

Um nicht missverstanden zu werden: im Zentrum des Islam steht die einzige, einheitliche Botschaft, aber der Inhalt der Botschaft ist nicht totalitär, so dass sie durchaus lokale Eigenheiten in der Praxis zulässt, wie z. B. die Aussage des

1 Sigrid Hunke, Allahs Sonne über dem Abendland/Unser arabisches Erbe, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1987

2 Orient, Deutsche Zeitschrift für Politik und Wirtschaft des Orients, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut Hamburg

3 Andreas Meier (Hrsg.), Der politische Auftrag des Islam, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1994

Propheten Muhammad zur Frage der Bestäubung der Palmen durch den Wind beweist. Er sagte, die Menschen vor Ort wüssten am besten, was in ihren alltäglichen Belangen richtig für sie sei (vgl. Muslim, Hadith Nr. 2363 - 43/38/141). Es ist natürlich leicht und bequem, sich mit einem abstrakten Islam oder fiktiven Gelehrten zu beschäftigen. Viel mehr Engagement erfordert es, sich mit dem realen Muslim aus der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz zu beschäftigen, denn dann muss man zuhören, antworten, auf seine Argumente eingehen und man setzt sich der Gefahr aus, dass dem eigenen Vorurteil der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Wer in dieser Situation aufklären und vermitteln will, sieht sich unversehens von beiden Seiten angegriffen, da er lieb gewordene Klischees, sicher geglaubte „Gewissheiten“ zerstört und unbequeme Wahrheiten ausspricht. Trotzdem soll hier der Versuch gemacht werden, zunächst der Diskussion über den Islam ein strukturelles Gerüst zu geben und dann die bekanntesten Klischees auf ihre Schlüssigkeit hin zu untersuchen.

2. *Gottes Offenbarung und menschliches Handeln: Mikro-, Meso-, Makro- und Meta-Ebene*

In der Diskussion über den Islam werden nicht nur ständig Vergangenheit und Gegenwart, theologischer Anspruch und soziale Realität miteinander vermischt, auch die Ebenen der Betrachtung werden nie klar voneinander getrennt: Gleich ob vom einzelnen Muslim gesprochen wird oder von der Umma als Gesamtheit der Muslime, von gesellschaftlichen Gruppen oder von einer Regierung in einem Land, immer wird der Einzelne für das Ganze genommen, das Ganze als totalitäre Einheit gesehen, in dem es keine Individuen gibt. Von den Taten einzelner Extremisten oder terroristischer Gruppen wird Rückschluss auf die Gesamtheit der Muslime und die Botschaft der islamischen Offenbarung, des Qur'an, gezogen. Um den folgenden Aussagen eine klare Struktur zu geben, werden hier die im politischen Diskurs allgemein gebräuchlichen Kategorien: mikro, meso, makro und meta eingeführt und das, was über den Islam zu sagen ist, wird diesen einzelnen Kategorien zugeordnet:

- *mikro* steht dabei für den Bereich des einzelnen, individuellen Muslim und seine Familie,
- *meso* für den Bereich des Gesellschaftlichen im Sinne der „civil society“,⁴
- *makro* für den Bereich von Politik und Regierung,
- *meta* steht für den Bereich der religiösen Offenbarung und demokratischer Grundwerte.

4 Dieser Aufsatz verwendet bewußt die der angelsächsischen Denktradition entlehnten Begriffe civil society und government, da sie islamischen Denktraditionen besser entsprechen als die europäisch-etatistischen Kategorien Staat und Gesellschaft. Die Umma ist die Gemeinschaft der Muslime, die ihre irdischen Belange durch die Beratung (Schura) im Rahmen der von Gott vorgegebenen Bestimmungen regelt. Die Idee eines vorgegebenen Staates, in dem die Gesellschaft im staatsfreien Raum agiert, ist der islamischen Denkweise dagegen fremd. Siehe dazu auch die Diskussion zum Thema Zivilgesellschaft, in: Orient, Nr. 3, 1998, S. 405 ff.

2.1 Die Mikroebene: Das Haus des Islam - im Westen ein Einfamilienhaus

In der islamischen Tradition spielt der Begriff „Haus des Islam“ eine große Rolle. Es steht als Begriff für die Welt, in der die Gesamtheit der Muslime, die Umma, lebt. Heute gibt es als Ergebnis der weltweiten Migrationsbewegungen der vergangenen dreißig Jahre, zu denen auch die „Arbeitszuwanderung“ nach Deutschland gehört, das „Haus des Islam“ nicht mehr als getrennte Einheit vom Rest der Welt. „Das Haus des Islam“ ist eine Wohnung und ein Einfamilienhaus in der Nachbarschaft geworden - ein Haus, in dem friedliche Menschen ihrer Beschäftigung nachgehen. Es ist ein Paradox, wenn Nicht-Muslime seit dreißig Jahren in friedlicher Nachbarschaft mit Muslimen leben, mit ihnen arbeiten und bei ihnen einkaufen gehen und gleichzeitig von der islamischen Gefahr sprechen!

Die oben dargestellte Pluralität der Umma widerlegt zugleich ein diffamierendes Vorurteil über die Muslime. Aus der Tatsache, dass Muslime Teil der Umma sind, zieht z.B. der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den Schluss, der Islam sei eine kollektivistische Religion und die Muslime Teil eines Kollektivs:

„Man beruft sich häufig auf alte Philosophen der arabischen Welt, die in der Tat die europäische Philosophie beeinflusst haben. Aber diese Philosophen waren schon damals Außenseiter, die sich mit ihrer arabischen Individualethik gegenüber der umma-Ideologie, wonach der einzelne im Grunde nichts zu sagen hat, sondern nur die Gemeinde, nicht durchsetzen konnten. Das ist nichts anderes als ein religiös verbrämter Kollektivismus, wie wir ihn anderswo schon erlebt haben.“⁵

Abgesehen davon, dass hier die gesamte islamische Geistesgeschichte mit einem Halbsatz abgetan wird, kann man sicher darüber streiten, ob und wann im islamischen Diskurs Fragen des individuellen Seins oder des Kollektivismus diskutiert worden sind und wie die Gewichtung im Einzelnen zu sehen ist. Tatsache ist und bleibt, dass der Islam die Religion der individuellen Verantwortung des Menschen vor Gott ist:

„Ein jeder haftet für das, was er erworben hat.“ (*Sura 52:21*)

„(Nämlich) dass keine lasttragende (Seele) die Last einer anderen tragen wird. Dass für den Menschen nur das bestimmt ist, wonach er strebt, dass sein Streben sichtbar werden wird und dass ihm hierauf voll dafür vergolten wird.“ (*Sura 53:38-41*)⁶

Vorurteile und Fehltritte haben ihren Ursprung nicht nur in einer irrationalen Ablehnung des Islam, oft beruhen sie auch auf mangelnder und falscher Information oder darauf, dass Gegebenheiten des Islam in einen falschen Bezug zu europäischen Entwicklungen gestellt werden und der Islam an den Stationen der westlich-europäischen Geschichtsentwicklung gemessen wird. Ein Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung um die Frage, ob der Islam eine Reformation im westlichen Sinn braucht. Eine der zentralen Aussagen in diesem Zusammenhang lautet, der Islam sei in der Entwicklung zurückgeblieben, weil er keine Reformation (im westlichen Sinne) kennt. Tatsächlich kennt der Islam keine überragende Persönlichkeit wie Martin Luther. Seit Anbeginn der Entwicklung des Islam hat es jedoch auch eine wichtige geistige Grundhaltung bei den Muslimen gegeben, die der Grundeinstellung Martin

5 Heiner Geißler: Wir brauchen eine Art Kulturrevolution, in: Die Zeit, 1. März 1991.

6 Alle Qur'an-Zitate sind (wenn nicht anders angegeben) entnommen: Der Koran, Übersetzung von Adel Theodor Khoury, Unter Mitwirkung von Salim Abdullah, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1987

Luthers entspricht: die Einstellung des *tajdid*, der Erneuerung: Muslime müssen ihre Handlungsweisen ständig darauf hin überprüfen, ob sie ihr tägliches Leben tatsächlich auf der Basis der universellen, d.h. zeitlich und räumlich nicht gebundenen Botschaft des Islam führen. Sie müssen sich fragen, ob sie in ihrem alltäglichen Dasein, d.h. in der Zeit und in der Region, in der sie leben, eine adäquate Umsetzung dieser Botschaft praktizieren oder ob sie im erstarrten Korsett überkommener Traditionen oder veralteter Rechtsnormen leben. Der Qur'an normiert ja nicht jeden einzelnen Schritt des Menschen, im Gegenteil, der Anteil rechtsnormierender Vorschriften ist sogar relativ gering, d.h. Menschen müssen auch selbst Verordnungen erarbeiten. Falls sich herausstellt, dass eine Verordnung aus der Vergangenheit nicht mehr den Problemstellungen der Gegenwart entspricht, muss sie ersetzt werden. Es findet also ein ständiger Prozess der Erneuerung, *tajdid*, statt.

Jeder Muslim, der sich auf die Grundlagen seiner Religion besinnt und durch Jahrhunderte islamischer Theologie hindurch auf die ursprünglichen Aussagen von Qur'an und Sunna zurückgreift, ist ein Martin Luther des Islam. Er ist Fundamentalist im originären Sinn des Wortes, so wie es Martin Luther war, weil er auf die Fundamente der religiösen Verkündung zurückkehrt. Wenn also das Wort Fundamentalismus bezogen auf den Islam überhaupt sinnvoll ist, dann hinsichtlich einer lutherischen, spirituellen Rückkehr zu den Quellen der Religion. Doch selbst für diesen Tatbestand sollte das Wort Fundamentalismus mit seiner Herkunft aus der christlichen Religionsgeschichte des 19./20. Jahrhunderts nicht verwendet werden. Genauso wenig taugt es als politische Verhaltensdefinition, weil es keine anerkannte, eindeutige Definition gibt.⁷

2.2 Die Mesoebene: Nachbarn und Kollegen, Skinheads und Disco - Muslime in guter Gesellschaft?

Muslime in nicht-muslimischer Gesellschaft lernen schnell, dass es schwer ist, es ihren Nachbarn recht zu machen: Kommen sie ihrem Grundbedürfnis nach und leben für sich ihren Glauben, heißt es, sie kapseln sich ab, verweigern den Dialog und wollen sich nicht integrieren. Die allgemein anerkannte Regel des „do your own thing“, dass jeder nach seiner Façon und Lebensweise selig werden darf, gilt offensichtlich für Muslime nicht. Wenn sie sich aber andererseits für Dialogveranstaltungen zur Verfügung stellen, wird ihnen vorgeworfen, sie würden missionieren. Äußerungen über Muslime können noch andere merkwürdige Formen annehmen: Da wird ihnen unterstellt, dass sie in ihren Veröffentlichungen ihre wirklichen Absichten verbergen, sich verstellen und die Leserinnen und Leser belügen. Die Migration wird als gezielte islamische Unterwanderung gesehen. Oder: Ein ganz sachlicher Artikel über den verschwindend geringen Teil von radikalen Muslimen in Deutschland (laut Verfassungsschutzbericht 1% aller Muslime) wird durch einen reißerischen Titel wie „Islam: Terror und Religion“ für die Leser interessant gemacht.

Da der alte deutsche Satz „es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt“, leider auch für das Verhältnis zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Nachbarn gilt und zudem die Gefahr besteht, dass durch das Fenster des Einfamilienhauses des Islam ein Brandsatz westlicher Herkunft fliegt,

⁷ Natürlich gibt es auch Muslime mit anderer Grundeinstellung: So unterscheidet die moderne Islamliteratur neben der Haltung des *tajdid* noch zwei weitere Einstellungen: Säkularismus, d.h. die Übernahme des westlichen Modells der Beschränkung der Religion auf das Privatleben und Traditionalismus, d.h. die Pflege überbrachter Traditionen.

müssen Muslime wohl oder übel in Dialogveranstaltungen über ihre Religion aufklären, um wenigstens den schlimmsten Vorurteilen den Nährboden zu entziehen. Dazu gehört insbesondere die Information über die Aussagen des Islam zu Krieg und Frieden.

Das Verhältnis zwischen dem „Haus des Islam“ und der nicht-islamischen Welt hat über Jahrhunderte hinweg Theologen und Theoretiker, Staatsmänner und Publizisten, Muslime und Nicht-Muslime beschäftigt. Dabei spielt der Begriff „Haus des Krieges“ eine große Rolle. Anti-islamische Publizisten behaupten und Nicht-Muslime fürchten, dass das „Haus des Islam“ in permanentem Kriegszustand mit dem Rest der Welt stehe und Muslime nicht ruhen würden, bis sie die ganze Welt bekehrt und dem Islam Untertan gemacht hätten. Aus ihrer Geschichtsperspektive ziehen sie den Schluss, dass auch die Muslime unter uns, in ihrem Einfamilienhaus des Islam, sich im permanenten Krieg mit der westlichen Gesellschaft befinden. Sie übersehen oder unterschlagen dabei, dass der Begriff „Haus des Krieges“ im Qur'an überhaupt nicht vorkommt. Ein hoher Repräsentant des deutschen Staates, der ehemalige Präsident des Verfassungsschutzes Peter Frisch, schürt mit einem falschen Qur'an-Zitat diese Ängste sogar:

„Der Koran sagt: ‚Euch ist vorgeschrieben, gegen die Ungläubigen zu kämpfen, obwohl es euch zuwider ist. Aber vielleicht ist euch etwas zuwider, während es gut für euch ist.‘“⁸

Dieses Zitat ist falsch; richtig heißt es:

„Vorgeschrieben ist euch der Kampf, obwohl er euch zuwider ist. Aber vielleicht ist euch etwas zuwider. Während es gut für euch ist.“ (Sura 2:216)

Mit anderen Worten: Die „Ungläubigen“ werden überhaupt nicht als Objekte des Kampfes erwähnt. An anderer Stelle werden klare Voraussetzungen und Bedingungen für Kampfhandlungen gemacht:

„Und bekämpft auf Allahs Pfad, wer euch bekämpft, doch übertretet nicht. (Indem ihr zuerst den Kampf beginnt.) Siehe Allah liebt nicht die Übertreter. Und tötet, wo immer ihr auf sie stoßt. (Während eines Verteidigungskrieges.) Und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben; denn Verführung (zum Unglauben) ist schlimmer als Töten. Bekämpft sie jedoch nicht bei der unverletzlichen Moschee, es sei denn, sie bekämpften euch dort. Greifen sie euch jedoch an, dann tötet sie. So ist der Lohn der Ungläubigen. Wenn sie jedoch aufhören, so ist Allah verzeihend und barmherzig. Und bekämpft sie, bis die Verführung aufgehört hat und die Religion Allah gehört. Und wenn sie damit aufhören, sei keine Feindschaft mehr, außer gegen die, welche unterdrücken. Bekämpft sie während des geschützten Monats, wenn sie euch in einem geschützten Monat bekämpfen. Für die geschützten Dinge gilt Wiedervergeltung. Wenn einer euch angreift, bekämpft ihn im gleichen Maße, in dem er Gewalt anwendet. Und fürchtet Allah und wisst, dass Allah mit den Gottesfürchtigen ist.“ (Sura 2:190–194)⁹

Wer diesen Qur'an-Text aufmerksam liest, wird - auch ohne die erläuternden Worte des Herausgebers Murad Wilfried Hofmann - zu dem Schluss kommen, dass hier durch die vielfältigen Vorbedingungen „wenn - dann“ eine Verteidigungsstrategie im

8 „Rechtfertigung zum Töten“, Interview mit Peter Frisch in: Der Spiegel, 36, 1997, S. 61

9 Der Koran, Das Heilige Buch des Islam, Aus dem Arabischen von Max Henning, Überarbeitung und Einleitung von Murad Wilfried Hofmann, 1. Auflage Leipzig 1901, Neuauflage Istanbul 1998

Sinne der NATO-Doktrin beschrieben wird und nicht die Rechtfertigung eines Angriffskrieges der Muslime um jeden Preis.

In diesem Zusammenhang muss auch festgestellt werden, dass der *Jihad*, der fälschlich so genannte „heilige Krieg“, zwar eine Verpflichtung für alle Muslime ist, dass es sich dabei jedoch nicht um einen „Krieg“ gegen Andere, sondern in erster Linie um das eigene Bemühen um eine gottesfürchtige islamische Lebensweise handelt. Dies gilt nicht erst in der heutigen Zeit, sondern während der gesamten geschichtlichen Entwicklung des Islam gab es folgende fünf Grundpfeiler: das Bekenntnis zum Islam (*shahada*), das fünfmalige Gebet am Tag (*salat*), das Fasten (*saum*), die Armenspende (*zakat*) und die große Pilgerfahrt (*hajj*) - der *Jihad* war nie ein Grundpfeiler des Islam. Mit anderen Worten: Für eine wie auch immer geartete Furcht vor einem ewigen Kriegszustand zwischen dem „Haus des Islam“ und dem Rest der Welt gibt es keine Grundlage: Muslime befinden sich nicht in einem permanenten Kriegszustand mit der Gesellschaft, in der sie leben.¹⁰

Will man die Aussagen des Qur'ans im Zusammenhang betrachten, so sind nicht nur all jene Zitate zu berücksichtigen, die den Kampf betreffen, sondern auch diejenigen, die Aussagen zu Toleranz und Frieden beinhalten. So findet man neben der zentralen Aussage, dass es in der Religion keinen Zwang gibt, Passagen, in denen festgestellt wird, dass der Mensch nur Überbringer der Botschaft ist und nicht mehr, und dass es Gott allein überlassen ist, Menschen zum richtigen Glauben zu führen.

„Es gibt keinen Zwang im Glauben.“ (*Sura 2:256*)

„Wenn sie Muslime werden, folgen sie der Rechtleitung. Wenn sie sich aber abkehren, so obliegt dir nur die Ausrichtung (der Botschaft).“ (*Sura 3:20*)

„Wenn dein Herr wollte, würden die, die auf der Erde sind, alle zusammen gläubig werden. Bist du es etwa, der die Menschen zwingen kann, gläubig zu werden? Niemand kann glauben, es sei denn mit der Erlaubnis Gottes.“ (*Sura 10:99-100*)

Der Blick in die Frühgeschichte der Muslime zeigt, dass sie zwar durchaus andere Völker unterworfen haben, diese aber in der Regel nicht zwangen, den Islam anzunehmen. Hier zeigt sich ein wichtiger Unterschied zur christlichen Eroberungs- und Missionsgeschichte, der heute auch von zeitgenössischen christlichen Analytikern durchaus anerkannt wird.

Zum Thema „Islam und Frieden“ hat der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, *Nadeem Elyas*, so ausführlich Stellung genommen, dass hier nur kurz darauf verwiesen werden soll:

„Der Islam ist die Religion des Friedens schlechthin. Der Islam trägt in seiner Bezeichnung schon die Verpflichtung zum Frieden. Denn das Wort Islam beinhaltet in sich das Stammwort *salima* (heilbleiben oder heilwerden). Und dieses Stammwort sehen wir wieder in dem Wort *silm* (Friedfertigkeit), in dem Wort *salam* (Friede) und in dem Wort *istislam* (Unterwerfung und Hingabe). Das Wort Islam beinhaltet all diese Bedeutungen und Aspekte. Das Wort *salam* ist auch ein Gottesname, einer der 99 Namen, die sich Gott gegeben hat. ‚Er ist Gott, außer dem es keinen Gott gibt, der König, der Heilige, der Inbegriff des Friedens, der Stifter der Sicherheit.‘ (*Sura 59:22*) ...

Der Begriff ‚Friede‘ kommt im Qur'an mehr als 50-mal vor. Der Prophet und Gesandte Gottes *Muhammad* (Allahs Segen und Friede auf ihm) pflegte jeden Tag dieses Bittgebet vorzusprechen: ‚O Gott, Du bist der Friede, von Dir kommt

10 Vgl. Muhammad Salim Abdullah, Islam - Für das Gespräch mit Christen, Verlag für Christlich-Islamisches Schrifttum, Altenberge 1988, S. 116

der Friede, so lass uns in Frieden leben.' Ausgehend von dieser sprachlichen Deutung des Wortes ‚Islam‘ wird der Islam als ‚die Religion des Friedens‘ definiert.“¹¹

In anderer Form macht der deutsche Muslim *Ahmad von Denffer* mit seiner Definition deutlich, was wir uns unter Muslimen vorzustellen haben: „friedensmachend Ergebene“ (*Sura 2:128*).¹²

Abgesehen von der Freundlichkeit oder Unfreundlichkeit der Nachbarn, denen man zur Not auch aus dem Weg gehen kann, gibt es Anliegen, Bedürfnisse und legitime Interessen der Muslime, die nur auf der nächst höheren Ebene durchgesetzt werden können, der Makroebene, der Ebene der Regierung.

2.3 Die Makroebene: Wer herrscht über wen?

Wer in einem demokratischen Rechtsstaat aufgewachsen ist und sich mit dem Gedanken trägt, das Bekenntnis zum Islam abzulegen, stellt sich zwei Fragen: Erlaubt mir der Islam das Leben in einer nicht-islamischen Welt? und: Lassen es deutsche Gesetze zu, dass Muslime in Deutschland leben können? Die Frage, ob es die gesetzlichen Grundlagen zulassen, dass in Deutschland Muslime leben können, lässt sich mit einem Blick in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beantworten: Die Freiheit der Religion gehört zu den unantastbaren Bestandteilen der Präambel des Grundgesetzes! Erst später wird dem jungen Muslim bewusst, wie mühselig es in Deutschland sein kann, seinen Glauben auch zu praktizieren: Die Schächtung, d.h. die religiöse Schlachtung von Tieren, ist Muslimen verboten, Juden hingegen erlaubt. Dem Bau einer Moschee gehen in der Regel ermüdende Querelen mit den städtischen Behörden voraus, und die Frage eines Religionsunterrichtes für junge Muslimas und Muslime muss erst noch entschieden werden.

Die zweite, nicht weniger zentrale Frage, die der zukünftige Muslim sich stellt, lautet, ob es ihm die Vorschriften des Islam erlauben oder verbieten, in einer nicht-islamischen Umwelt zu leben und in ihr am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Bei der Beantwortung dieser Frage stößt der Muslim auf gewisse Schwierigkeiten: Muslime in einer nicht-islamischen Umgebung leben gewissermaßen in einer doppelten terra incognita: Erstens war nie vorgesehen, dass Muslime auf Dauer unter nicht-islamischer Herrschaft leben könnten. Ja, es ist bei manchen Theologen sogar umstritten, ob das zulässig ist. Die vier Rechtsschulen, die es gibt, befassen sich alle mit dem Leben innerhalb eines islamischen Staates. (Und deshalb ist es nicht verwunderlich, dass immer wieder die Forderung aufkommt, es müsse noch eine weitere Rechtsschule geben, die sich mit dem Leben in der nicht-islamischen Welt befasst. Das *International Institute of Islamic Thought* in den USA spricht in diesem Zusammenhang z.B. von „fikh for minorities“.) Noch wichtiger ist jedoch die Tatsache, dass es in der Offenbarung überhaupt wenige Vorschriften gibt, wie ein Staat zu regieren ist.

Bei der Beantwortung der ersten Frage hilft uns ein Prinzip, das grundsätzlich für Muslime gilt: Alles, was *nicht explizit verboten ist, ist erlaubt*. Wenn ich mich vor diesem Hintergrund frage, ob es verboten ist, in einem nicht-islamischen Land zu leben und die dortigen Gesetze zu befolgen, komme ich zu der Antwort: Es gibt kein

11 Nadeem, Elyas, Das weiche Wasser wird besiegen den harten Stein, Islamischer Informationsdienst e.V., o.O. 1997, S. 102

12 Der Koran, Die heilige Schrift des Islam in deutscher Übertragung mit Erläuterungen nach den Kommentaren von Dschalalain, Tabari und anderen hervorragenden klassischen Koranauslegern, Ahmad von Denffer, Islamabad und München 1996

derartiges Verbot. Als Muslim deutscher Herkunft kann ich von mir sagen: Ich kann in der Bundesrepublik Deutschland ein loyaler Staatsbürger sein, denn erstens gibt es im Qur'an keine Vorschrift, die mich zu einer Verhaltensweise zwingt, die nicht im Einklang mit der gesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik steht und zweitens garantiert mir das Grundgesetz die Religionsfreiheit und damit die Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung. Solange dieses Recht besteht und nicht eingeschränkt wird - von den alltäglichen Problemen des Verbotes der islamischen Schlachtung, den Schwierigkeiten beim Bau von Moscheen und des bislang nicht vorhandenen Religionsunterrichtes für junge Muslime abgesehen - kann ich als Muslim als gesetzestreuer Bürger in der Bundesrepublik Deutschland leben.

Schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob Muslime nicht nur in einer demokratischen Umwelt leben, sondern sich auch aktiv in ihr engagieren dürfen, und ob sich darüber hinaus ein islamischer Staat mit einer demokratischen Ordnung vorstellen ließe. Hier treffen wieder viele gegenseitige Vorurteile aufeinander.

Für den Westen und manche Muslime ist die Sache ganz einfach: Die Tatsache, dass es in der islamischen Welt wenige Staaten gibt, in denen eine Demokratie nach westlichem Muster praktiziert wird, gilt vielen Nicht-Muslimen als Beweis dafür, dass der Islam nicht demokratiefähig ist. Da Nicht-Muslime die Demokratie als den glorreichen Höhepunkt einer mehrere Jahrtausende dauernden Geschichte ansehen, der heute universelle Bedeutung zukommt, ziehen Muslime andererseits den Schluss, dass Demokratie und Islam nicht kompatibel sind und es sich bei der Behauptung der universellen Gültigkeit der Demokratie um westlichen intellektuellen Kolonialismus handelt. Darüber hinaus gibt es auch Muslime, die ihrerseits die Demokratie entweder missverstehen oder bewusst diffamieren, wenn sie feststellen, dass die Demokratie die Herrschaft einer Mehrheit über die Minderheit bedeutet und darum nicht mit dem Islam vereinbar sei. Wiederum andere entfachen Wortgefechte um die Begriffe Souveränität und Volkssouveränität: Im Westen wird behauptet, nur wer das Prinzip der Volkssouveränität anerkennt, kann Demokrat sein; Muslime halten dem entgegen, dass die Demokratie un-islamisch sei, weil nur Gott der Souverän ist. Auch die Frage der Selbstbestimmung des Menschen und der für Muslime wichtige Glaubenssatz, dass Gott allein bestimmt, was geschieht, werden gegeneinander ausgespielt.

Alle diese Behauptungen übersehen, dass Muslime und Nicht-Muslime von der gleichen existentiellen Grundvoraussetzung ausgehen: Sie müssen Entscheidungen treffen, die für sie selbst als Einzelne gelten und solche, die gleichermaßen für alle gelten, d.h. durch eine Regierung verbindlich getroffen werden. Als Rahmen für diese Entscheidungen haben die Menschen im Westen ihre Verfassungen entworfen; der Handlungsrahmen für den Muslim wird durch den Qur'an vorgegeben, doch da in ihm nur einige wenige Handlungen unabänderlich vorgeschrieben werden, muss auch der Muslim Entscheidungen treffen. In seinem eigenen Verständnis tastet der Muslim bei diesen Entscheidungen die Souveränität Gottes nicht an, da er zwar davon ausgeht, dass Gott das absolute Wissen und die absolute Macht über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hat, aber zugleich weiß, dass Gott erstens dem Menschen die Freiheit gegeben hat, richtig oder falsch zu entscheiden und dass zweitens der Mensch am Tag des Jüngsten Gerichts sich vor Gott für seine Entscheidungen und Handlungen verantworten muss. Auch in diesem Fall sorgt die Übertragung der Bedeutung des Qur'an durch *Ahmad von Denffer* für eine entscheidende Richtigstellung. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Übertragungen

„Und Allah führt irre, wen er will, und leitet recht, wen er will“ (*Sura 14:4*),

überträgt *von Denffer*:

„und Allah lässt fehlgehen, wen Er will, und leitet recht, wen Er will“.

Auf Erden kann kein Muslim unter Berufung darauf, dass er Gottes Willen vollzieht, von sich behaupten, er habe recht gehandelt und sich deshalb der Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen entziehen, denn er weiß nicht, ob es nicht Allahs Wille war, ihn fehlgehen zu lassen. In diesem Sinne gesehen, ist die Ausgangslage zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen - was die Notwendigkeit Entscheidungen zu treffen angeht - gleich und wir müssen uns fragen, ob der Rahmen der Demokratie ein Rahmen ist, innerhalb dessen Muslime handeln dürfen und können.

Wenn man im Qur'an auch nur wenige Hinweise darauf findet, wie die Menschen ihre Belange auf Erden zu regeln zu haben, so sind jedoch die Aussagen, die es gibt, von grundlegender Bedeutung. Im Qur'an gibt es zwei Aussagen zur Stellung des Menschen auf Erden und zwei Stellen, in denen eine wichtige Verfahrensvorschrift gemacht wird. Die beiden Leitbegriffe in diesem Zusammenhang sind: *khalifa* (siehe zweite Hälfte dieses Kapitels) und *Schura*.

Zum Begriff der *Schura*:

„Und was immer euch zuteil geworden ist, ist die Nutznießung des diesseitigen Lebens. Was aber bei Allah ist, ist besser und hat eher Bestand für die, die glauben und auf ihren Herren vertrauen, die die schweren Sünden und die schädlichen Taten meiden und, wenn sie in Zorn geraten, (lieber) vergeben, und die auf ihren Herren hören und das Gebet verrichten, ihre Angelegenheiten durch *Beratung* regeln und von dem, was Wir ihnen beschert haben, spenden und die, wenn ihnen Ungerechtigkeit widerfährt, sich selbst helfen.“ (*Sura 42:36-39*)

„... So verzeihe ihnen und bitte für sie um Vergebung und *ziehe sie zu Rate* in den Angelegenheiten.“ (*Sura 3:159*)

In der Frühzeit des Islam haben Männer *und* Frauen das Gebot zur Beratung befolgt, denn die Aussagen des Qur'an beschränken die Vorschrift der *Schura* nicht auf ein Geschlecht, bzw. schließen die Frauen nicht aus! Heute ist es an der Zeit, dass Muslime zu dieser Tradition zurückkehren und sie weiter ausbauen.

Hier einige Beispiele für Entscheidungsprozesse der Muslime in der Frühgeschichte: Kurz vor der Hidschra hat der Prophet Muhammad in Mekka die zweite *Bai'a von al-'Aqaba* mit den Muslimen aus Medina abgeschlossen. Das Wort *Bai'a* bedeutet „Abkommen bzw. Übereinkunft“ in Form eines Treueeids. Eine *Bai'a* für den Khalifen z.B. bedeutete seine Bestätigung im Amt. Die *Bai'a von al-'Aqaba* war ein Abkommen, in dem die Muslime aus Madina dem Gesandten ihre uneingeschränkte Unterstützung zur Etablierung des Islam, sprich zur Errichtung des Islamischen Staates, bekundet haben. Es waren 73 Männer und zwei Frauen, *Nusaiba bint Ka'b* und *Asma bint 'Amru*. Hierzu ist zu bemerken, dass dieses Verhalten einen Bruch mit der herkömmlichen Tradition bedeutete, da es bei den Arabern nicht üblich war, dass Frauen an politischen Aktionen teilnahmen.

Nach Ankunft des Gesandten in Madina hat er alle muslimischen Frauen Madinas in einem Haus versammelt und mit ihnen die *Bai'a* abgeschlossen. Nach der Eroberung von Mekka, in der Epoche der Konstituierung des Islam, haben alle muslimischen Frauen dem Gesandten die *Bai'a* geleistet, wie im Qur'an niedergeschrieben ist:

„Oh Prophet! Wenn die gläubigen Frauen zu dir kommen und dir eine *Bai'a* (den Treueeid) leisten wollen, dass sie Allah nichts als Partner stellen, und weder stehlen noch Unzucht begehen, noch ihre Kinder töten, noch Verleumdung bringen, die sie sich zwischen ihren Händen und ihren Beinen ausgedacht haben,

noch dir ungehorsam sein werden in dem, was rechtens ist, dann schließe die Bai'a mit ihnen ab und bitte Allah um Vergebung für sie. Denn Allah ist Allvergebend, Allbarmherzig.“(Sura 60:12)

Als *'Umar ibn al-Khattab*, der zweite Kalif, erstochen wurde, hat er vor seinem Tod sechs Sahabi als seine Nachfolger vorgeschlagen, damit die Muslime aus dieser Gruppe den nächsten Khalifen wählen. Nach kurzen Verhandlungen haben Vier von den Sechs sich von der Wahl zurückgezogen und es blieben *'Uthman ibn 'Affan* und *'Ali ibn Abi Talib*. Um die endgültige Entscheidung für einen von beiden zu treffen, wurde der Sahabi *'Abdulrahman Ibn 'Auf* beauftragt, die Muslime nach ihrer Meinung zu fragen. *Ibn 'Auf* hat daraufhin alle Muslime, Männer und Frauen ohne Ausnahme, nach ihrer Meinung befragt. Alle haben für *'Uthman* gestimmt. Somit ist deutlich, dass die Frauen von Anfang an sowohl bei der Gründung und Verteidigung des islamischen Staates als auch bei seiner Konstituierung und bei anderen politischen Ereignissen mitbestimmt haben.¹³

Diese Gleichbehandlung verwundert nicht, wenn man sich den egalitären Charakter der Botschaft des Islam vor Augen führt, wie ihn der englische Historiker *Norman Davies* beschreibt:

„Islam, meaning ‚submission‘, was a universal religion from the start. Although it has always clung to Arabic as the sacred language of the Koran, it appeals to all nations, to all classes, and to both sexes. One of the most basic precepts is that all Muslims are brothers and sisters. In his lifetime Muhammad denounced the economic privileges of the ruling élite, the subordination of women, and the ‚blood laws‘ of the semitic tribes. His call for social, economic, and political equality threatened the foundations of traditional societies. His insistence on the rights of the oppressed and of women, and on the duty of charity and compassion, spelled liberation for the masses. Here was a revolutionary creed, whose almost instantaneous military power derived from the fervent devotion of the faithful. It enjoined that soldiers were the equals of their generals, subjects of their rulers, wives of their husbands.“¹⁴

Heute haben Muslime unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle, die Frauen in der Politik einnehmen sollen. Sie werden z. B. von *Olivier Roy* wie folgt beschrieben:

„Den auffallendsten Unterschied zwischen Islamisten und Neo-Fundamentalisten gibt es hinsichtlich des Status der Frauen. ... Die FIS ist gegen das Recht der Frauen zu arbeiten, ein Recht, das für Khomeini selbstverständlich war. Hier wird der Konservatismus offensichtlich. Viele ausländische Frauen, Doktoren oder Journalisten, die von den afghanischen und iranischen Islamisten akzeptiert worden waren, sind inzwischen *personae non gratae* geworden. Die Neo-Fundamentalisten üben Druck aus, das Frauenwahlrecht zu beschränken... Es ist bezeichnend, dass 1990 eine Übereinkunft zwischen den afghanischen schiitischen Mujahidin, die vom Iran unterstützt wurden und den Sunniten, die von Saudi Arabien unterstützt wurden, fehlschlug, unter anderem wegen der Frauenfrage: die Schiiten forderten das Frauenwahlrecht, die Sunniten verweigerten es.

13 Für diese Hinweise danke ich Amir Zaidan, dem Vorsitzenden der Islamischen Religionsgemeinschaft in Hessen.

14 Norman Davies, *Europe - A History*, Pimlico, Random House, London 1997, S. 252

Die Frage des persönlichen Status (Frauen, Familie, Scheidung) wird zu einem hauptsächlichlichen Bereich neo-fundamentalistischer Forderungen, die brutal die Buchstaben der sharia wieder einführen wollen, ohne die sozialen und erzieherischen Programme, die die iranischen und ägyptischen Islamisten befürworten.“¹⁵

Bleibt die Frage, ob hier von Demokratie, islamischer Demokratie oder Schurakratie zu sprechen ist, ob die Regierungskriterien im Islam und in einer Demokratie sich entsprechen, oder ob Islam und Demokratie tatsächlich inkompatibel sind.¹⁶ Der westliche Diskurs hat für den Bereich „Muslime und Demokratie“ zwei Sprachmuster. Das eine lautet, „Islam und Demokratie sind inkompatibel“; das andere bezieht sich auf diejenigen Muslime, die behaupten, der Islam könne demokratische Strukturen zulassen oder im Qur'an seien Grundgedanken der Demokratie zu finden. Diese doppelte Fallensstellung lässt den Muslimen keine Chancen; im ersten Fall wird ihnen unterstellt, sie seien Verfassungsfeinde; im zweiten Fall wird ihnen schnell der Vorwurf gemacht, sie würden etwas in den Qur'an hineindeuten und Apologie betreiben. Muslime, die heute den Qur'an studieren, lesen ihn mit den Augen von Menschen, die im zwanzigsten Jahrhundert aufgewachsen sind, mit all dem Wissen und den Grundeinstellungen, die inzwischen zur Allgemeinbildung gehören und Grundlage unseres Zusammenlebens sind. Aber auch das ist nichts Neues: Zu allen Zeiten haben Muslime den Qur'an mit einem anderen Vorverständnis gelesen als ihre Vorfahren.

Auch die Europäer, die Griechenland und die Demokratie wieder entdeckten, übernahmen ja nicht die griechische Ordnung mit ihrer Sklavengesellschaft und der Beschränkung des Wahlrechtes auf wenige Auserwählte. Sie betrachteten Griechenland mit den Augen der Bewohner der westlichen Welt im 16. und 17. Jahrhundert, beschäftigten sich mit den Grundprinzipien der Demokratie und formten daraus neue Verhaltensmuster für die Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben. Mit welchem Recht sprechen westliche Publizisten und Politiker den Muslimen ab, daß sie in einem entsprechenden geistigen Prozeß auf der Basis des Qur'an eine politische Ordnung errichten können, die der westlichen Demokratie entspricht?

Obleich ohne die Absicht, den Entwurf für einen islamischen Staat zu liefern, ist es interessant zu untersuchen, welche Hinweise sich im Qur'an auf eine mögliche islamische Staatsordnung finden. Hier geben sowohl Aussagen des Qur'an als auch neuere politikwissenschaftliche Untersuchungen von Muslimen interessante Deutungen.

Von zentraler Bedeutung für die Stellung des Menschen auf der Erde ist der Begriff „*Khalifa*“, zum dem der Politikwissenschaftler A. Kurdi feststellt:

„Khalifa wird im Qur'an zweimal verwendet (*Sura 2:30 und Sura 38:26*) um die beiden Propheten Adam und David zu beschreiben. In beiden Versen bezeichnet der Begriff ‚chalifa‘ denjenigen, der verantwortlich ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Gesetze auszuführen. Beide Propheten, Adam und David, wendeten natürlich die Gesetze Gottes an.“¹⁷

15 Olivier Roy, *The Failure of Political Islam*, Harvard University Press, Cambridge 1994, S. 83

16 Zum Thema „Demokratiyya – Schurakatiyya“ vgl. auch: Murad Hofmann, *Der Islam im 3. Jahrtausend. Eine Religion im Aufbruch*, Hugendubel, Kreuzlingen 2000, S.107 ff. Und: John L. Esposito/John O. Voll, *Islam and Democracy*, Oxford University Press, New York/Oxford 1996

17 Abdulrahman Abdulkadir Kurdi, *The Islamic State/A Study based on the Holy Constitution*, Mansell Publishing Ltd, London, 1984, S. 23.

Khalifa wird in der Regel mit Statthalter übersetzt, wobei auch Stellvertreter gemeint sein kann. Genau genommen kommt dieser Begriff jedoch von der arabischen Sprachwurzel *khalafa*, was bedeutet, nach einem anderen kommen:

„Und als dein Herr zu den Engeln sprach: ‚Ich werde auf der Erde einen *Nachfolger* einsetzen.‘ Sie sagten: ‚Willst du auf ihr einen einsetzen, der auf ihr Unheil stiftet und Blut vergießt, während wir dein Lob singen und deine Heiligkeit rühmen?‘ Er sprach: ‚Ich weiß, was ihr nicht wisst.‘“ (*Sura 2:30*)

„O David, wir haben dich zum *Nachfolger* auf der Erde bestellt. So urteile zwischen den Menschen nach der Wahrheit und folge nicht der (eigenen) Neigung, dass sie dich nicht vom Weg Gottes abirren lässt. Für diejenigen, die vom Weg Gottes abirren, ist eine harte Pein bestimmt dafür, dass sie den Tag der Abrechnung vergessen haben.“ (*Sura 38:26*)

Wie wurde nun das Prinzip des Kalifats in der islamischen Geschichte umgesetzt? Zunächst wissen wir, dass der Prophet Muhammad der letzte aller Propheten, das Siegel der Propheten war. Mit seinem Tod beginnt die Zeit, in der die Menschen auf sich selbst gestellt sind. Bei seinem Tod stellen die Menschen fest, es gibt - der Mehrheitsmeinung der Sunniten zufolge - keinen göttlich bestimmten Nachfolger des Propheten in politischer Hinsicht, es gibt kein autorisiertes und eindeutig vorgegebenes Regierungsmodell. Die frühen Muslime halfen sich, indem sie die ersten Kalifen auf ganz unterschiedliche Weise bestimmten, und heute gelten diese vier ersten Kalifen als die „rechtgeleiteten Kalifen“, deren Verhalten als Modell angesehen wird. Aus den unterschiedlichen Wahlmodalitäten wird abgeleitet, dass es unterschiedliche legitime Formen der Bestimmung eines Regierungschefs geben kann. Zur Frage, wer für dieses Amt in Frage kommt, gibt es einen überlieferten Spruch des Propheten:

„Hört und gehorcht eurem Führer, auch wenn er ein Abessinier mit einem Kopf wie eine Rosine ist.“ (Buchari, Hadith Nr. 7142 - 93/4)

Der Qur'an als religiöse Offenbarung enthält ein umfassendes, aber nicht totales und schon gar nicht totalitäres Regelwerk für das diesseitige Leben. Aber der Qur'an ist auch ein Geschichtsbuch, das an Beispielen aufzeigt, welche Regierungsformen für den Muslim tabu sind, und - in den Grundzügen - darlegt, welches die Eckpfeiler eines islamischen Regierungssystem sind. Laut *Abdulrahman Kurdi* bestehen rund 80 % des Inhalts des Qur'an aus Aussagen über Staaten und Herrschaftsformen, die es vor der Offenbarung gab. Nach *Kurdi* werden im Qur'an die Systeme der Monarchie, der Junta und der Tyrannei beschrieben und daran gemessen, inwieweit unter ihnen Gerechtigkeit herrscht und den Worten Gottes Folge geleistet wurde:

Das monarchische System wird im Qur'an mit mehreren Beispielen belegt. Die drei wichtigsten: das Königreich von Talut (Saul), Dawud (David) und Sulayman (Salomon). Die beiden Königreiche von David und Salomon werden als Reiche der Gerechtigkeit und Gleichheit beschrieben - weil beide Herrscher Gottes Gebote befolgen. Im Grunde genommen wird hier die Position einer islamischen konstitutionellen Monarchie beschrieben, in der es die Vorgabe eines Rechtes gibt, an das auch Könige gebunden sind.

Die Junta (Mala) wird an den Beispielen der Propheten *Noah* und *Shu'ayb* beschrieben. Sie wird charakterisiert als die Herrschaft eines mächtigen Rates, der die Belange der Stadt und der Bürger regelt.

„In der Regel gehorchten die Bürger den Entscheidungen der Junta. Jedoch, diese Art der Herrschenden diene ihren eigenen Interessen zuerst und erst in zweiter Linie der allgemeinen Wohlfahrt.“¹⁸

Die Tyrannei (Taghut) wird an den zwei Beispielen von Nimrod und von dem des Pharaos beschrieben. Beide werden im Qur'an ganz klar verurteilt, weil sie auf absoluter Diktatur beruhen und ohne jegliche Justiz und Gleichheit waren.

Wenn abschließend die Grundsätze der Regierungstätigkeit nach islamischen und nach westlichen Vorschriften vergleichend nebeneinander gestellt werden, kommt man zu dem Schluss, dass die immer wieder zitierten Gegensätze so tief gar nicht sind, sondern, dass sich im Gegenteil erstaunliche wertmäßige und strukturelle Korrespondenzen ergeben:

Menschen in beiden Bereichen, der islamischen Welt wie auch der Demokratien westlicher Prägung, gehen davon aus, dass es Grundlagen gibt, deren Inhalte unabänderlich sind: Für die Muslime ist es das gesamte offenbarte Wort Gottes. Für die Menschen im Westen sind es die Grundrechte in der Verfassung. Für Muslime und Nicht-Muslime gilt auch, dass alles, was nicht festgelegt ist, durch menschliche Entscheidungen geregelt werden muss: im islamischen Staat durch den Prozess der *Schura*, in der westlichen Welt durch Entscheidungen des Parlaments.

Die Körperschaft, in der in der islamischen Welt die Entscheidungen getroffen werden, wird vom Qur'an nicht vorgegeben, doch hat sich heute eingespielt, dass das entscheidende Gremium als *majlis* bezeichnet wird. Unterschiedliche Wahlmechanismen zu den Gremien sind möglich, ebenso wie unterschiedliche Regierungsformen, seien es eine konstitutionelle Monarchie, eine Präsidialdemokratie oder ein Kalifat. Aus dieser strukturellen Analogie heraus kann es also keinen Einwand dagegen geben, dass ein Muslim sich in einer Demokratie engagiert und dass sich auch ein islamischer Staat mit einer demokratischen Ordnung vorstellen lässt.

Es kommt darauf an, nicht nur den alten Text im Kontext seiner Entstehung zu deuten, sondern die Botschaft im Kontext der Gegenwart und der heutigen Welt zu leben: auch das ist *tajdid*: Erneuerung.

2.4 Die Metaebene: Islam und der Westen - Religiöse Botschaft und menschliches Handeln

Religion hat in der westlichen Welt einen negativen Beigeschmack: Sie gilt für viele als überholt. Religion steht für Dogmatismus. Religion und Rationalität schließen sich für die meisten Menschen gegenseitig aus. An die Stelle von Religion sind im Westen im Prozess der Aufklärung Rationalität und Wissenschaftlichkeit getreten. Der Finanzmagnat *George Soros* feiert die Aufklärung als Begründung der Moderne mit folgenden euphorischen Worten:

„The Enlightenment constituted a giant step forward from the moral and political principles that prevailed previously. Until then, moral and political authority was derived from external sources both divine and temporal. Allowing reason to decide what is true or false, what is right or wrong, was a tremendous innovation. It marked the beginning of modernity...The results were exhilarating. The creative energies of the human intellect were unleashed.“¹⁹

18 Kurdi, a.a.o., S. 20

19 George Soros, *The Crisis of Global Capitalism*, Public Affairs, New York 1998, S. 87-88.

Doch natürlich hat auch der Westen eine Metaebene, und die zentralen Annahmen der westlichen Ordnung beruhen auf Quellen jenseits aller Rationalität: So basiert das Naturrecht auf einem „vorgegebenen Recht“ (Muslime fragen hier zu Recht, von wem vorgegeben, wenn nicht von Gott?) und die Gleichheit der Menschen, die Grundvoraussetzung für jede demokratische Ordnung, wurde in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung postuliert unter Berufung auf den Schöpfer, sprich Gott:

„We hold these truths to be self evident, that all men are created equal...“

(auch hier fragen Muslime wieder, wer hat denn den Menschen geschaffen, wenn nicht Gott!).

Darüber hinaus hat die Entwicklung der rationalen westlichen Welt gezeigt, dass auch Menschen in einer vernunftorientierten Welt offensichtlich nicht ohne Religion oder Quasi-Religionen auskommen können: Viele der westlichen Grundhaltungen haben den Charakter einer Ersatzreligion angenommen: Von der religiösen Verklärung der Arbeit, dem Gedanken der Nationalstaatlichkeit bis hin zur Philosophie der Menschenrechte und den Grundgedanken der Demokratie - nicht zuletzt auch durch die Lehre des Sozialismus - hat die nicht-islamische Welt sich nicht nur eine eigene Metaebene definiert, sondern ihr auch religiöse Züge verliehen.

Schließlich bleibt der Westen den Beweis schuldig, warum ein Staatsgebäude, das sich auf Rationalität gründet „vernünftiger“ ist, als eines, das sich auf die Religion begründet. Die Bilanz der „aufgeklärten“ westlichen Geschichte und Politik mit ihren Weltkriegen und Völkermord ist kein bisschen besser als die Bilanz der „unaufgeklärten“ islamischen Welt mit ihren Despoten und Tyrannen. Und: Wenn es hart auf hart kommt, ist der Westen in Bezug auf die Grundlagen seiner „aufgeklärten“ Vernunftordnung nicht weniger fundamentalistisch als ein Mensch, für den seine Religion Grundlage und Mittelpunkt des Lebens ist.

Die Menschen der westlichen Welt berufen sich nicht nur auf die Aufklärung, um sich gegenüber dem Islam abzugrenzen. Sie zitieren auch den Humanismus und die so genannte cartesianische Revolution, um ihren höheren Entwicklungsstand gegenüber den Muslimen zu begründen. Richtig ist, dass Muslime, die sich auf die göttliche Offenbarung berufen, bezogen auf diese beiden Begriffe unterschiedliche Grundeinstellungen haben:

1. Kein Muslim wird sich im Sinne des europäischen Humanismus in den Mittelpunkt der Schöpfung stellen, sondern für ihn bleibt Gott der Mittelpunkt.
2. Kein Muslim würde je auf die Idee kommen, zu sagen: „Cogito, ergo sum“ (ich denke, also bin ich“), weil er weiß, dass er ist, weil Gott ihn geschaffen hat.

Aber: Für den Muslim schließen sich Religion und Rationalität nicht gegenseitig aus. Muslime denken durchaus analytisch im Sinne Descartes.

Diese beiden Grundeinstellungen könnten auch die Grundlage für eine von Muslimen erdachte alternative Moderne sein: Eine Moderne, in der sich der Mensch nicht als Mittelpunkt definiert, in der Muslime als auf Gott orientierte Individuen nicht einem so grenzenlosen und gesellschaftszerstörenden Individualismus zum Opfer fallen, wie wir es in der westlichen Welt erleben und eine Moderne, in der nicht mehr das grenzenlose Verständnis von Machbarkeit herrscht, das uns an den Rand des ökologischen Abgrunds gebracht hat.²⁰

20 Vgl.: Meinhard Miegel, Stefanie Wahl, Das Ende des Individualismus - Eine Kultur zerstört sich selbst, Bonn aktuell, Bonn 1993

Zwischen westlicher Welt und islamischer Welt gibt es scheinbar unüberbrückbare Gegensätze. Von einigen Theoretikern wird sogar ein Zivilisationskrieg vorausgesagt. Nicht-Muslime und Muslime machen dabei die gleichen Fehler: Menschen im Westen sehen Menschenrechte und Demokratie weniger als geistig-philosophische Konzeption, sondern als politische Wirklichkeit. Muslime sehen andererseits die Botschaft des Qur'an nicht nur als Offenbarung, sondern als irdische Wirklichkeit. Beide Seiten halten ihre Wertvorstellungen und Offenbarungen für universell.

Nun entspricht aber weder die irdische Wirklichkeit der islamischen Welt den Geboten der Offenbarung des Qur'an, noch sind in der politischen Realität im Westen die philosophischen Konzepte von Demokratie und Menschenrechten flächendeckend umgesetzt. Muslime einerseits und Nicht-Muslime andererseits messen aber die Qualität von Menschenrechten und islamischer Offenbarung an der jeweiligen Realität in der Welt des Anderen und ziehen dann die bestehenden Defizite heran, um sich so gegenseitig herabzusetzen.

Dieses Vorgehen ist unangebracht und unaufrichtig, weil dabei vergessen oder unterschlagen wird, dass man Konzeption und Realität, Offenbarung und Wirklichkeit nicht gleichsetzen kann. Weder darf von einer schlechten Realität auf eine schlechte Quelle geschlossen werden, noch kann man davon ausgehen, dass eine gute Quelle oder gute Absichten automatisch eine gute Realität und bessere Menschen hervorbringen.

Deshalb muss man göttliche Offenbarung und menschliche Erkenntnis als das begreifen, was sie sind: Visionen und Gebote für Menschen, die nur dann zur Realität werden, wenn die Menschen sie auch tatsächlich praktizieren und im täglichen Leben umsetzen. - Und solange dies nicht geschehen ist, hat niemand ein Recht, den Stab über den anderen zu brechen. Nach ihrer Verwirklichung, so weit sie möglich ist, allerdings auch nicht, denn last not least: Für die westliche Welt, wie für die islamische Welt gilt, dass das Urteil erst am Tag des jüngsten Gerichts erfolgt. Bis dahin sollte für das Verhalten der Menschen beider Welten gelten:

„Und streitet mit den Leuten des Buches nur auf die beste Art, mit Ausnahme derer von ihnen, die Unrecht tun. Und sagt: Wir glauben an das, was zu uns herabgesandt und zu euch herabgesandt wurde. Unser Gott und Euer Gott ist einer. Und wir sind ihm ergeben.“ (*Sura 29:46*)